



Friedrich Haag

Sprecher für Wohnungsbau und individuelle Mobilität
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

REDE

**anlässlich der Aktuellen Debatte
„Krise auf dem Wohnungsmarkt - Bankrotterklärung der Landeregierung“**

**am 8. November 2023
im Landtag von Baden-Württemberg**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wohnungspolitik befindet sich in einer großen Krise. Die Preise schießen in die Höhe, und der Baubetrieb wurde nahezu eingestellt. Wir reden also in dieser aktuellen Debatte über eines der wichtigsten Themen im Land: Die Landesregierung sollte sich darüber freuen, denn das ist ja ihre Lieblingsbeschäftigung: Reden, reden, reden. Aber eben nicht handeln.

Wie sonst wollen sie uns erklären, dass nach der Wohnraumallianz nun im Strategiedialog weiter debattiert wird, obwohl wenig bis nichts aus den vorherigen Ergebnissen umgesetzt wurde? Es waren viele gute Ideen dabei. Umsetzung? Fehlanzeige.

Da wird über Jahre hinweg gearbeitet, Geld und Zeit investiert und was bekommen die Bürgerinnen und Bürger? Nichts außer weitere Gesprächsrunden, weitere Aufschiebungen und weitere Kosten für den Steuerzahler. Sie bestätigen mit Ihrer Arbeit genau das Klischee von Politik, das viele Menschen da draußen haben. Es wird nur geschwätzt. Umsetzung - Fehlanzeige. Davon kann sich keine Familie ein Eigenheim leisten.

Stattdessen verweist das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen auf den Bund, wann und wo es nur kann. Frau Ministerin Razavi hat wohl vergessen, dass ihre Partei dort 16 Jahre lang der maßgebliche Faktor war. Leider aber nicht im positiven Sinn: Der Staat ist zu Unionszeiten zum Baukostentreiber geworden. Dem Regulierungswahn konnte man Zeiten günstiger Kredite einfach blind zuschauen. Die Auswirkungen sehen wir jetzt.

Und grün-schwarz setzt diese Politik hier im Land schön fort: Frau Razavi betont ja immer, dass Bauen schneller, einfacher und günstiger sein muss.

Mit der Photovoltaikpflicht haben Sie dafür gesorgt, dass sich das Bauen und Sanieren weiter verteuert. Damit haben Sie den Menschen im Land einen echten Bärendienst erwiesen. Und das Problem reicht noch weiter: Viele Menschen sehen von einer nötigen Dachsanierung ab, weil die Investition für Sanierung plus einer neuen PV-Anlage das Budget oft deutlich übersteigen.

Landtagsbüro
Haus des Landtags

✉ Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
☎ 0711 2063 9240
📠 0711 2063 149240

@ friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
🌐 www.friedrich-haag.de
f /haagfdp
📷 /haagfdp

Wahlkreisbüro
Stuttgart

✉ Weißenburgstraße 29
70180 Stuttgart
☎ 0711 9459 1111

Mitpreisbremse und Umwandlungsverbot schrecken auch private Investoren ab. Sie können keine Investitionen erwarten, wenn Sie immer wieder staatlich eingreifen und den Investoren Steine in den Weg legen. Wir brauchen keine falsche Staatsgläubigkeit, sondern Entlastungen, die private Investitionen in den Wohnungsbau ermöglichen.

Wir können doch auch auf Landesebene viel bewegen – wenn wir nur wollen. Der Bund hindert die Landesregierung auch nicht daran, die Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent abzusenken.

Schauen wir mal auf die Zahlen: Fast drei Viertel der 18- bis 29-Jährigen träumen von den eigenen vier Wänden - und müssen bei den heutigen Preisen um ihren Traum bangen. Wohneigentum ist Leistungsanreiz und schützt über Generationen vor Altersarmut. Senken Sie jetzt die Grunderwerbsteuer ab! Das wäre echte Eigentumsförderung und würde die Baukonjunktur wieder ankurbeln. Sonst bleiben die Steuereinnahmen bald voll und ganz aus!

Aber wofür nutzen Sie denn das ganze Geld? Für ein Ministerium ohne Leistungsnachweis und für ewige Gesprächsrunden, bei denen einige Teilnehmer nicht mal über die Ergebnisse ihrer Vorgänger unterrichtet werden.

Und auch für einen Grundstücksfonds ist ja genug Geld da. 100 Millionen Euro und nicht eine einzige Wohnung wurde bis jetzt gebaut. Das spricht Bände.

Mal im Ernst, es ist doch immer wieder die gleiche Idee, die zum Scheitern verurteilt ist: Mehr Staat und mehr Ausgaben für den Steuerzahler, statt Platz für Wettbewerb und freien Markt. Dort stehen eigentlich die Mittel und Kompetenzen in dem Umfang zur Verfügung, in dem wir sie auch wirklich brauchen.

Hören Sie auf die Wirtschaft! Die Unternehmen scharren seit Jahren mit den Hufen und warten nur darauf, dass das Land endlich die Bedingungen beim Bauen erleichtert. Die Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. Dafür müssen Bauanträge nicht nur digital eingereicht, sondern auch digital weiterverarbeitet werden.

Völlig klar: Diese Umstellung kostet Kraft und Zeit. Das Ergebnis der Versäumnisse unserer grün-schwarzen Landesregierung sehen wir jetzt. Wir sind in Baden-Württemberg für Innovationsgeist und Technik bekannt. Sorgen sie dafür, dass es so bleibt.

Die von Ihnen groß angekündigte LBO-Reform – das hören wir schon von Anfang an – liegt in der Schublade. Wann machen Sie denn die Schublade auf und holen sie raus? Nichts außer Ankündigungen und noch mehr Ankündigungen. Wir sind gespannt, wann es endlich so weit ist.

Nächstes Beispiel: Schon vor einem halben Jahr haben Sie sich für die Wiederaufnahme der Typengenehmigung ausgesprochen, aber bis heute ist nichts passiert. Umsetzung – Fehlanzeige! Das kann man schon mit Arbeitsverweigerung vergleichen, Frau Ministerin.

Die ganzen letzten zweieinhalb Jahre zeigen: Es fehlt jegliche Grundlage, um die Existenz dieses Ministeriums zu rechtfertigen. Das eingesparte Geld wäre für die Absenkung der Grunderwerbsteuer deutlich besser investiert. Denn: Auf Ihre Hilfe haben die Baubranche und die Häuslebauer im Land jetzt lang genug gewartet!

Es ziehen zudem immer mehr Menschen in unser Bundesland. Nachverdichtung muss ein größeres Thema werden. Bei nahezu keinem Leerstand braucht es außerdem auch neue Bauflächen. Sie können nicht gleichzeitig Netto-Null fordern, einen Grundstücksfonds aufsetzen und sich dann wundern, warum die Preise steigen.

Bei einem sind wir uns denke ich alle einig: Was die Baubranche dringend braucht, sind qualifizierte Fach- und Arbeitskräfte. Das Handwerk muss dabei besonders bei jungen Menschen wieder mehr an Attraktivität gewinnen. Viele Arbeitskräfte kommen aus dem Ausland – und auch die müssen mit ihren Familien irgendwo wohnen.

Das sage ich auch ganz klar in Richtung Antragsteller: Sie haben es nicht verstanden. Das muss man erstmal bringen, eine Aktuelle Debatte zum Thema Wohnungsnot beantragen – und keinen eigenen Vorschlag zur Lösung des Themas bringen.

Wir sind auf Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Wir brauchen Einwanderung! Nur eben keine in die Sozialsysteme, sondern in den Arbeitsmarkt. Und das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, meine Damen und Herren!